



Regierungsratsbeschluss vom 07. März 2023

Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät*innen und weitere Amtsträger*innen

P225466

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Heidi Mück und Konsorten dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Begründung

Der Kanton Basel-Stadt wäre der einzige Kanton mit einer Karenzfrist für ehemalige Regierungsmitglieder. Eine solche Karenzfrist ist nicht sachgerecht und liegt nicht im Interesse des Kantons. Es besteht auch kein konkreter Anlass, der nach einer Praxisänderung verlangen würde. Aktuell findet eine umfassende Überprüfung der Fragestellung statt, welche auch das Anliegen der Motion enthält. Im Rahmen der Bearbeitung des Anzugs Soland und Konsorten betreffend «Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung» ist eine Gesamtstrategie zur Sensibilisierung von korruptionsgefährdeten Handlungen in Erarbeitung. Diese ganzheitliche Lösung beinhaltet unter anderem Massnahmenempfehlungen für Regierung und Verwaltung. Je nach Ausgang der Überprüfung kann sie auch zur Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen führen.

